

Antrag

der Abgeordneten Rolf Köhne, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

Auflösung der Verträge zur Weltausstellung EXPO 2000

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auch angesichts der dramatisch zugespitzten wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland alle Wege und Möglichkeiten zu nutzen, die Weltausstellung EXPO 2000 nicht stattfinden zu lassen, die in diesem Zusammenhang abgeschlossenen Vereinbarungen mit dem In- und Ausland rückgängig zu machen und die vorgesehenen Haushaltsmittel in Höhe von 300 Mio. DM einzusparen.

Bonn, den 14. Mai 1996

Rolf Köhne
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

1. Die zu erwartenden Ergebnisse der EXPO 2000 in Hannover rechtfertigen in keiner Weise den Aufwand. Dies zeigten bereits die negativen Erfahrungen der vorangegangenen Weltausstellung im spanischen Sevilla. Grundgedanke der Bewerbung der niedersächsischen Landeshauptstadt war die Ausrichtung einer „Weltausstellung neuen Typs“, die unter dem Motto „Mensch-Natur-Technik“ Beiträge zur Lösung wesentlicher globaler Probleme liefern sollte. Dieser Vorsatz steht jedoch im krassen Gegensatz zur geplanten Umsetzung:

Mit einer angestrebten Gesamtbesucherzahl von 40 Millionen Menschen ist die EXPO 2000 sowohl verkehrs- wie auch umweltpolitisch ein unzumutbares Projekt für die Region. Bei einem täglichen Besucherstrom von ca. 300 000 Menschen werden Autobahnen und Zufahrtsstraßen überlastet. Die Abgase der Pkws, die zu erwartende Menge an Abfällen, die zusätzliche Belastung der Abwässer sowie der erhöhte Verbrauch von Energie und Trinkwasser sind kaum zu verkraften.

Die EXPO 2000 widerspricht der Agenda 21 und konterkariert die ursprünglichen Intentionen.

2. Nach Aussagen der Generalkommissarin Birgit Breuel werden die Besucher nicht allein mit populärwissenschaftlichen Darbietungen anzulocken sein. Deshalb wird zunehmend eine touristische Massenattraktion mit Kultur, Entertainment, Kunst und Sport geplant. Das Motto „Mensch-Natur-Technik“ wird immer stärker in den Hintergrund gedrängt.
3. Angesichts der dramatischen Haushaltslage ist der Aufwand von 300 Mio. DM allein aus dem Bundeshaushalt nicht zu rechtfertigen. Darüber hinaus besteht die Gefahr weiterer finanzieller Belastungen, wie es in einem Bericht des Bundesrechnungshofes vom März 1996 heißt. In ihm vermissen die Prüfer ein schlüssiges Konzept. Ihre besondere Skepsis gilt den großzügigen Schätzungen der Sponsorengelder durch die EXPO GmbH. Knapp 3 Mrd. DM sollen nach dem Wirtschaftsplan der EXPO GmbH durch Sponsoring und Eintrittsgelder erbracht werden. Offenbar hat aber die EXPO GmbH – so die Analyse der Rechnungsprüfer – einen Teil der erwarteten Sponsorengelder gleich mehrfach im Wirtschaftsplan eingestellt.

So sind 350 Mio. DM Sponsorengelder für den Bau und die Gestaltung des Themenparks vorgesehen. Der Rechnungshof fand jedoch interne Aufzeichnungen der EXPO GmbH, nach denen der Themenpark rund 1 Mrd. DM kosten wird. Das Gelingen einer doppelten Inanspruchnahme von Sponsoren bezweifelt der Rechnungshof. Er schließt nicht aus, daß Bund und Land, mehr als bisher geplant, Zuschüsse leisten müssen.

4. Die bisher von 42 Ländern vorliegenden Anmeldungen zeigen, daß nur ein sehr geringes Interesse an der EXPO 2000 vorliegt. Insbesondere in den USA wird eine Beteiligung überwiegend abgelehnt, nicht zuletzt wegen der prekären Haushaltslage.
5. Die Umwidmung von 100 Mio. DM aus dem Entwicklungshilfshaushalt zur Förderung der Teilnahme ärmerer Länder ist nicht zu verantworten. Dieses Geld sollte in diesen Staaten verwandt werden, um den Menschen und nicht der Selbstdarstellung ihrer Regierungen zu dienen.
6. Die Zustimmung der Menschen in der Region Hannover wurde 1992 nur mit knapper Mehrheit und mit Versprechen erreicht, die nicht eingehalten werden. Deshalb wird die EXPO 2000 dort mittlerweile mehrheitlich abgelehnt.